Sehr geehrter Gesundheitsminister Herr Prof. Dr. Lauterbach, sehr geehrte Landesgesundheitsminister:innen, sehr geehrte Forscher:innen der Unikliniken, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

wir als erste deutsche Selbsthilfegruppe von Covid-Impfgeschädigten, die Tübinger PostVac Selbsthilfegruppe, wollen uns anlässlich unseres einjährigen Bestehens erneut an Sie wenden. Auf unseren ersten offenen Brief vom Juni 2022 haben wir noch keine Rückmeldung von Ihnen erhalten. Auch wenn Betroffene des Post-Vakzin-Syndroms seit ihrem Impfschaden schwer krank um medizinische Hilfe schreien, müssen wir nach bisheriger Tätigkeit folgende Bestandsaufnahme machen:

1. **Die medizinische Versorgungssituation für Betroffene von Nebenwirkungen der Covid-Impfung ist weiterhin desaströs**

Unsere Beschwerden (die mittlerweile hinreichend bekannt sein sollten) werden von vielen Ärzten und Gesundheitseinrichtungen auch weiterhin nicht ernst genommen, obwohl in der Zwischenzeit diverse wissenschaftliche Untersuchungen und Berichte zu möglichen multisystemischen Auswirkungen der Covid-Impfung bekannt sind.
In Eigenrecherche und Eigenfinanzierung mussten viele unserer Mitglieder, sowie deutschlandweit weitere Betroffene, recherchieren und erproben, welche Parameter auffällig sind. So zeigten sich u.a. Laborparameter wie GPCR Autoantikörper, erhöhte CD4 T-Helferzellen (die auch in Organen von kurz nach der Covid-Impfung Verstorbener gehäuft identifiziert wurden, siehe Autopsieberichte Dresden), Erhöhung verschiedener Interleukine und Entzündungsparameter von Blutgefäßen bei zahlreichen Betroffenen. Auch an dem sich später z.T. auftuenden Immundefekt leiden viele unserer Mitglieder. Er kann zu fatalen gesundheitlichen Problemen bis hin zum Tod führen und in einer entsprechenden Labordiagnostik bestimmt werden.
Doch von ärztlicher Seite fand diese Diagnostik nicht statt. Stattdessen mussten wir uns mit Sätzen wie „während Corona ging es uns allen nicht gut --- so als Sozialpädagogin hat man ja auch viel Stress --- das sind die Wechseljahre --- Sie wissen ja, sie bilden sich das ein“ begnügen. (Ärzteaussagen zu unseren Mitgliedern.)
Hinzu kommen Ärzte welche entsprechende Blutuntersuchungen gar verweigern und sich häufig nicht mit der Materie auskennen. Kurz: Unser aller Alltag sieht seit bis zu zwei Jahren so aus, dass wir für eine Blutabnahme bis zu 600 Kilometer zurücklegen (Fahrt + Hotel 200 - 300 €), Privatärzte bezahlen (300 €) und für die Laboruntersuchungen (700 €) selbst aufkommen müssen. Angehörige, welche sich frei nehmen, um uns zu begleiten, da wir geschwächt sind und teilweise nicht mehr Autofahren dürfen, lassen wir an dieser Stelle mal außen vor. Dieser Umstand ist einzig und alleine dem geschuldet, dass es weder zentrale, flächendeckende Anlaufstellen für Betroffene von Impfnebenwirkungen, noch Informationsmaterialien oder Schulungen für niedergelassene Ärzte zum Umgang mit unserem Krankheitsbild gibt. Noch immer nicht.
Verweist der Hausarzt schließlich aufgrund entsprechender Symptomatik an einen Facharzt, z.B. den Rheumatologen, so zeigt sich dort nach vielen Monaten Wartezeit während eines akuten Krankheitsgeschehens, dass zwar die meisten Marker erhöht und entsprechende Symptome vorhanden sind, jedoch nicht alle unsere Werte denen von Rheuma gleichen, woraufhin die fachärztliche Betreuung endet. Die Konsequenz: Trotz krankhafter Werte keine Therapie - der Krankheitsprozess schreitet ungehindert fort. Dies gilt ebenso für die anderen fachärztlichen Bereiche. Dabei ist das Medizinwesen gesetzlich dazu verpflichtet, uns Mittel zur Linderung, Heilung oder Teilhabe anzubieten. Diese bezahlen wir allerdings ebenfalls aus eigener Tasche - zumindest, wer es sich leisten kann. Kostenpunkt 1000 Euro/Monat aufwärts.

2. **Betroffene von Nebenwirkungen der Covid-Impfung werden perspektivlos und existenzgefährdend zurückgelassen**

So stehen wir vor der Situation, dass wir JETZT aus dem Krankengeld ausgesteuert werden, ohne je überhaupt eine adäquate Behandlung erhalten zu haben. Der finanzielle Ruin steht uns unmittelbar bevor, besonders den Selbstständigen unter uns, die häufig nicht mal Krankengeldbezug erhalten haben. So müssen trotz Krankheit z.B. weiter Miete und Darlehensraten bezahlt werden, Familien können nicht mehr versorgt werden, die langfristige (Finanz-)

Planung bricht komplett zusammen. Da es viele junge Menschen getroffen hat, die teilweise noch nicht voll oder noch nicht lange erwerbstätig sind, greifen die bekannten sozialen Sicherungssysteme oft nicht. Die Empfehlung einer Reha-Einrichtung an eines unserer weiblichen Mitglieder lautet diesbezüglich: „Heiraten Sie doch, dann sind sie finanziell abgesichert."
Währenddessen werden Versorgungsanträge weiter laufend abgelehnt, im Schwerpunkt mit der Begründung, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen unseren Beschwerden und der Impfung offiziell nicht bestätigt wurde und somit nicht bewiesen werden kann. Zum aktuellen Zeitpunkt wurde kein Antrag der Betroffenen unserer Selbsthilfegruppe anerkannt! Dass zudem eine Rente von ca. 160 - 860 € unter der aktuellen Inflation keine Absicherung ist, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu erwähnen.
Da die Bundesregierung die Hersteller von der Haftung befreite und unsere Nebenwirkungen nicht anerkennt, verweigern auch Rechtsschutzversicherungen die Kostenübernahme für Verhandlungen bei Vergleichen und vor Gericht.
„Ich möchte das Geld nicht für mich. Ich möchte, dass meine Tochter abgesichert ist." Mutter einer 3jährigen Tochter aus unserer SHG, ehemals berufstätig mit Studienabschluss.
Weiter zu betonen sind die jungen Menschen, die aufgrund ihrer kognitiven und körperlichen Einschränkungen (erstmal) keinen (anspruchsvolleren) Beruf mehr erlernen können.

3. Der Umgang mit Betroffenen von Nebenwirkungen der Covid-Impfung seitens der Politik ist maßlos enttäuschend

Wir haben uns, in der Hoffnung darauf die Gesellschaft, die besonders vulnerablen Gruppen und auch uns vor den Auswirkungen der Coronapandemie zu schützen, gegen Covid-19 impfen lassen. Der Staat versicherte uns allen, im Falle eventueller Schäden dafür aufzukommen, jegliche Nebenwirkungen strengstens zu kontrollieren und sofort zu handeln. Nach nahezu zwei Jahren mit Nebenwirkungen ist keines unserer Mitglieder wieder gesund. Zum Teil verschlimmern sich die Krankheitsbilder noch, was auf Grund der ausbleibenden medizinischen Behandlung nicht verwundern darf.
Nach dieser langen Zeit, in der wir inhaltlich komplett auf uns allein gestellt waren, können wir sagen, wir sind maßlos enttäuscht, über den Umgang mit uns. Das muss einfach mal gesagt werden!
Um so mehr freuen wir uns über die – wenn auch hart erkämpfte – wachsende Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Wir hoffen, dass sie sich auch in der Gesellschaft ausbreitet und wir bald ehrlich und selbstbewusst darüber sprechen können, dass wir Nebenwirkungen der Covid-Impfung erlitten haben, ohne Angst vor den Reaktionen haben zu müssen – beim nächsten Arztbesuch, bei der Arbeit, bei Freunden und Bekannten, selbst in der Familie.
Wir wünschen uns ein Ende der Tabuisierung dieses Themas, was dank der immer weiteren Aufklärung auf einem guten Weg zu sein scheint. Gelingen kann dies allerdings nur, wenn auch politisch eine Akzeptanz und Enttabuisierung stattfindet. Denn durch das lange, offensive Schweigen der Bundesregierung zu unseren Nebenwirkungen hat die Politik mit zu unserer Tabuisierung und Diskriminierung beigetragen. Indem das Gesundheitsministerium das Post-Vakzin-Syndrom nicht als Krankheit und Impfschaden anerkennt und sowohl den Schweregrad als auch unsere Anzahl wiederholt herunterspielt, gefährdet es unsere medizinische Versorgung. So sind Vernarbungen im Gehirn, die lebenslang arbeitsunfähig machen und Jugendliche im Rollstuhl wohl nicht als „weniger schlimm" einzustufen. Generell sprechen wir uns gegen ein Aufwiegen zwischen Post-Vakzin und Long- bzw. Post-Covid aus, solange es noch keine ausgewertete Datenlage dazu gibt.

4. Betroffene von Nebenwirkungen der Covid-Impfung werden eben nicht erforscht - und somit nicht versorgt

Es wurde von 100 Millionen Euro für die Long Covid und ca. 5 Millionen Euro für die ME/CFS Forschung gesprochen. Wie viel ist für die Erforschung des Post-Vac-Syndroms eingeplant? So sind wir nach wie vor bei der Erforschung von Long Covid ganz offiziell ausgeschlossen, und dürfen ohne den Nachweis einer Infektion nicht an entsprechenden Studien teilnehmen (bspw. Studie Erlangen und Magdeburg). Natürlich wäre es erfreulich, wenn die Erkenntnisse

zu Long-Covid auch Post-Vac-Betroffenen helfen. Jedoch ist es noch völlig unklar, ob die Erforschung eines Krankheitsbildes, welches auf eine natürliche Infektion hin auftrat, uns, die wir einen Impfschaden erlitten haben, zu helfen vermag.
Des Weiteren möchten wir uns an dieser Stelle für eine unvoreingenommene und unbefangene Forschung einsetzen, die auch unbequeme Ergebnisse aufgreift und weiterverfolgt. Stichwort toxische Wirkungen des Spike-Proteins und warum halten diese bei uns so lange an? Spielt die modifizierte mRNA dabei eine Rolle? Und natürlich Lösungsansätze! Lösungsansätze! Lösungsansätze! **Denn wir wollen wieder gesund werden!** Auch setzen wir uns entschieden dafür ein, dass die wenigen Ärzte, die sich unserer Symptomatik angenommen haben, keine Repressalien mehr fürchten müssen, wie uns bekannt wurde, und möchten die Wissenschaftsgemeinschaft Deutschlands erneut dazu aufrufen, sich diesen komplexen Impf-Nebenwirkungen zuzuwenden. So sollte es doch eine Motivation für die medizinische Forschung sein, den neben dem Nutzen auch generierten Schaden wieder zu beheben und damit den Menschen zu helfen – nicht zuletzt auch dabei zu verstehen, was mit ihnen passiert. Denn diese Unwissenheit ist fast am schwersten zu ertragen. Und vielleicht ergeben sich so auch weitere Durchbrüche in der Autoimmunforschung, die ja noch einen Knackpunkt in der Medizin darstellt.
So setzen wir uns für Forschung ein, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihr Wohlergehen soweit wie möglich schützt und dafür auch die Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen – sprich unabhängige Forschung!

Deshalb fordern wir:

1. Studien, die den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Impfung und unserem Krankheitsbild untersuchen! Sodass wir eine Chance auf Heilung, Anerkennung und Schadensausgleich erhalten.
2. Mehr Transparenz bzgl. der Erforschung unserer Nebenwirkungen: wo und woran wird geforscht, in welchem Umfang? Welche Erkenntnisse gibt es?
3. Zugang zu Therapien und Kostenübernahme auch bei experimentellen Therapieversuchen und lindernden Maßnahmen, wie alternativen Heilmethoden.
4. Schnelle, finanzielle Hilfen und Konzepte zur Förderung der Teilhabe sowohl am Arbeitsleben sowie dem gesellschaftlichen Leben – siehe dazu auch die Bundestagsdebatte vom 19.01.2023 zur Unterstützung bei ME/CFS.
5. Gesetze und Verordnungen so zu gestalten, dass sie auch in einem dynamischen Forschungsfeld genügend Spielraum bieten, Betroffenen unbürokratisch zu helfen: Beispielsweise die Anlage zu §2 VersMedV um die mannigfaltigen Impfschäden zu ergänzen, sodass Post-Vac Patienten nicht mehr durch jegliches Raster fallen.
6. Vollständige Offenlegung der anonymisierten Studiendaten der Impfstoffhersteller. Es geht hier um Menschenleben. – Diese sind höher zu bewerten als Betriebsgeheimnisse. Zudem sind die Zulassungsstudien die bisher einzigen uns bekannten, umfassenden Studien zu auftretenden Nebenwirkungen der Covid-19 Impfung.
7. Stellungnahme der Impfstoffhersteller zu unseren Beschwerden. Wieso haben wir Veränderungen in Gehirn, Rückenmark, Nerven, Magen, Darm, Leber, Schilddrüse, Bauchspeicheldrüse etc., wenn der Impfstoff, wie damals verkündet, im Arm verbleibt?
8. Stellungnahme von Immunologen zu unseren immunologischen Veränderungen und Beteiligung von Immunologen an den Forschungen zum Post-Vakzin-Syndrom, da dies bisher unseres Wissens nach nicht geschehen ist.
9. Zentrale, flächendeckende, interdisziplinäre Forschungs- und Therapiezentren.
10. Erleichterter Zugang zu Informationen bzgl. gesetzlicher Versorgungsmöglichkeiten und ein menschlicherer Umgang auf deutschen Ämtern mit evidenzbasierten Urteilen.

Mit freundlichen Grüßen,

die PostVac Selbsthilfegruppe Tübingen – 31 Mitglieder.

Mit Unterstützung von: SHG München, SHG Augsburg, SHG Gütersloh, SHG Wachtendonk, SHG Kassel, SHG Heilbronn, SHG Paderborn, SHG Leipzig, SHG Saar.

Tübingen, den 02.02.2023